

Zahl der Pflegebedürftigen steigt drastisch

Statistisches Bundesamt: Bis 2030 werden 50 Prozent mehr Menschen auf Hilfe angewiesenen sein

Von Nina von Hardenberg

München – Im Jahr 2030 werden 50 Prozent mehr Menschen auf Pflege angewiesen sein als noch 2007. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes hervor. Demnach könnten 2030 insgesamt 3,4 Millionen Menschen Hilfe und Betreuung benötigen – 1,2 Millionen mehr als noch 2007. Mit der wachsenden Zahl der Hilfebedürftigen steigen auch die Kosten der Pflegeversicherung. Die Koalition stimmte die Bürger am Montag auf höhere Beitragssätze ein. „Es wird in nahezu allen Bereichen der Pflegeversicherung teurer werden. Das ist die ehrliche Botschaft“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn.

Die Koalition wolle nicht nur die Finanzierung der Pflege absichern, sondern auch das Angebot verbessern. So werde darüber nachgedacht, wie der Hilfebedarf von Demenzkranken stärker berücksichtigt und wie mehr Pflegekräfte angeworben werden können – beides

Punkte, die mit höheren Kosten einhergehen würden.

Die Zahl der Menschen die älter als 80 Jahre sind wird nach Angaben des statistischen Bundesamtes in den kommenden Jahren stetig wachsen und mit ihr die Zahl der Pflegebedürftigen. Denn das Risiko pflegebedürftig zu werden, nimmt im hohen Alter enorm zu. Brauchen nur fünf Prozent der Menschen zwischen 70 und 75 Jahren Unterstützung, so sind es bei den 80- bis 85-Jährigen schon 20 Prozent. Waren 2009 4,1 Millionen Menschen älter als 80 Jahre, so werden es 2030 etwa 6,4 Millionen sein.

Doch nicht nur die Pflegeversicherung muss sich auf die älter werdende Bevölkerung einstellen, auch die Krankenhäuser werden künftig mehr Patienten bekommen. Denn auch viele Krankheiten treten im Alter häufiger auf. Dazu gehören etwa Krebsleiden oder Schlaganfälle. Insgesamt könnte die Zahl der Behandlungen in Krankenhäusern deshalb bis 2030 um acht Prozent zunehmen.

Um die Kosten der Pflegeversicherung langfristig zu finanzieren, will Gesund-

heitsminister Philipp Rösler (FDP) im nächsten Jahr eine verpflichtende Zusatzversicherung auf den Weg bringen, mit der jeder Bürger eine Reserve für das eigene Alter ansparen soll. Die Details einer solchen Zusatzversicherung sind aber noch offen. Unklar ist etwa, was mit den Ersparnissen passiert, wenn ein Mensch nicht pflegebedürftig wird. Der

Wegen der steigenden Kosten plant Gesundheitsminister Rösler eine Zusatzversicherung.

CDU-Politiker Spahn sprach sich dafür aus, dass die Beträge in diesem Fall der Gesamtheit der Versicherten zugute kommen sollen, da dadurch die Beitragssätze niedrig gehalten werden könnten. Spahn betonte zudem, dass die neue Versicherung nicht ausschließlich ein Geschäft für die Privatversicherung werden müsse. Er könne sich vorstellen, dass auch gesetzliche Pflegekassen Kapitalrückstellungen bilden könnten. Allerdings müsse

dafür sichergestellt werden, dass die Politik keinen Zugriff auf diese Beträge habe. Es sei darum zu prüfen, ob für die gesetzlichen Krankenkassen künftig eine andere Rechtsform gefunden werden müsse.

Die Opposition kritisiert die Pläne der Regierung scharf. Das Modell einer kapitalgedeckten Zusatzversicherung sei zu bürokratisch und auch stark risikobehaftet, wie die globaler Finanzkrise gezeigt habe, sagte der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Die SPD will die private und die gesetzliche Pflegeversicherung zusammenlegen. Es sei nicht hinnehmbar, dass Privatversicherte weniger für ihre Versicherung zahlten als Mitglieder der gesetzlichen Kassen, obwohl die Leistungen bei beiden Versicherungen die gleichen seien. „Eine Pflegeversicherung, die ausgerechnet die Einkommensstarken von den Kosten ausnimmt, ist eine Fehlkonstruktion“, sagte Lauterbach. Durch das Zusammenlegen der beiden Systeme würden die Pflegekassen nach Schätzungen der SPD zwei bis 2,5 Milliarden Euro zusätzlich erhalten. (Seite 4)

